

Bündnis fordert mehr Schutz vor Junkfood-Werbung

Zusammen mit 39 anderen Organisationen und TV-Starkoch Jamie Oliver schlägt die Bundeszahnärztekammer Werbebeschränkungen für ungesunde Nahrungsmittel vor. Mit dieser Maßnahme will das Bündnis #ErnährungswendeAnpacken Kinder vor Werbung für Lebensmittel mit viel Zucker, Fett oder Salz schützen.

Werbung beeinflusse nachweislich die Präferenzen und das Essverhalten junger Menschen, heißt es in einem offenen Brief an die Parteivorsitzenden von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, den zahlreiche medizinische Fachgesellschaften, Forschungseinrichtungen, Elternverbände, Verbraucherschutz- und Kinderrechtsorganisationen sowie Krankenkassen und Ernährungsorganisationen unterzeichnet haben. Werbebeschränkungen seien daher ein „wichtiger Schritt, um Familien dabei zu unterstützen, Kindern eine gesunde Ernährungsweise beizubringen“, schreibt das Bündnis, dem auch die Bundeszahnärztekammer angehört.

„Tag für Tag bombardiert die Lebensmittelindustrie unsere Kinder mit Werbung für Zuckerbomben und fettige Snacks – sie schaltet TV-Spots während Fußballspielen, Casting-Shows und Kindersendungen und engagiert beliebte Influencer und Influencerinnen. Um Kinder und Jugendliche vor den perfiden Marketing-Tricks zu schützen, haben wir in Großbritannien ein weitreichendes Gesetz erkämpft. Wenn Deutschland einen ähnlichen Weg beschreitet – oder sogar noch weiter geht, um Kinder angemessen zu schützen, wäre das ein Meilenstein. Werbebeschränkungen sind ein zentraler Baustein zum Schutz der Kindergesundheit“, erklärte Jamie Oliver die Initiative.

Laut einer Studie der Universität Hamburg sieht jedes Kind zwischen drei und 13 Jahren täglich im Durchschnitt 15 Werbespots für ungesunde Lebensmittel. 92 Prozent der gesamten Werbung, die Kinder wahrnehmen, vermarktet Fast Food, Snacks oder Süßigkeiten. Allein die Süßwarenindustrie hat im vergangenen Jahr über eine Milliarde Euro für Werbung ausgegeben – so viel wie noch nie.

tas/Quelle: Bündnis #ErnährungswendeAnpacken

TU München: Schwerere Unfallfolgen mit E-Scootern

Unfälle mit E-Scootern sind meist schwerwiegender als Fahrradunfälle und führen häufiger zu Gesichtsfrakturen und Zahnverletzungen. Das hat die Technische Universität München in einer Vergleichsstudie herausgefunden.

Über einen Zeitraum von einem Jahr bezogen die Forschenden alle Patienten mit E-Scooter- und Fahrradunfällen in die Untersuchung ein, die in der Klinik für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie der TU München behandelt wurden. Dabei fielen die Verletzungen bei Opfern von E-Scooter-Unfällen deutlich schwerer aus: Sie wiesen mit rund 77 Prozent im Vergleich zu verletzten Fahrradfahrern (rund 63 Prozent) mehr Weichteilverletzungen auf. Die Rate der Zahnverletzungen war bei E-Scooter-Unfällen mit 27 Prozent vergleichsweise doppelt so hoch wie bei Fahrradunfällen (13 Prozent). Bei den Gesichtsfrakturen betrug die Vergleichswerte 45 Prozent (E-Scooter-Fahrer) und 26 Prozent (Fahradfahrer). Die Autoren der Studie empfehlen eine Kampagne, mit der das Tragen von Helmen auf E-Scootern gefördert werden soll. Ein Kopfschutz ist bislang nicht verpflichtend.

tas/Quelle: zm online

Jahresbericht der Bundeszahnärztekammer

Unter dem Titel „#Changes“ hat die Bundeszahnärztekammer ihren Jahresbericht 2021/2022 veröffentlicht. Er umreißt in Kurzform die Arbeitsschwerpunkte von Juli 2021 bis Juni 2022 und bündelt aktuelle Informationen und Daten zur zahnärztlichen Berufsausübung.

Schwerpunkte sind unter anderem die Gebührenordnung für Zahnärzte, das Thema Prävention, die Telematik sowie die Fort- und Weiterbildung. Den Bereichen Qualitätsmanagement, Patientenorientierung, soziale Aufgaben und internationale Zusammenarbeit sind ebenfalls eigene Kapitel gewidmet. Zum kostenfreien Download finden Sie die Publikation auf der Webseite der Bundeszahnärztekammer: <https://www.bzaek.de/service/broschueren-und-publikationen.html>

tas/Quelle: BZÄK